

PRESSEMITTEILUNG

18.03.2019

EQUAL PAY DAY: AUCH 2019 VERDIENEN FRAUEN 21 PROZENT WENIGER ALS MÄNNER

DER FRAUENPOLITISCHE RAT LAND BRANDENBURG E.V. FORDERT EIN ENDE DER UNGLEICHBEHANDLUNG

Der Equal Pay Day weist auch im Jahr 2019 auf die Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern hin. Fast unverändert verdienen Frauen auch dieses Jahr wieder weniger als Männer; auch dieses Jahr beträgt der Gender Pay Gap wieder etwa 21 Prozent. Das geringere Einkommen zieht sich durch die gesamte Erwerbsbiografie und hat dadurch fatale Folgen für die spätere Rentenhöhe. Schon heute sind zahlreiche Frauen von Altersarmut betroffen; in Zukunft wird ein großer Teil der heute berufstätigen Frauen unter Altersarmut leiden.

Um den Gender Pay Gap zu schließen fordert der Frauenpolitische Rat:

1. Eine gerechtere Entlohnung, unabhängig von Geschlecht: Bei gleicher Arbeit, gleicher Qualifikation und gleicher Berufserfahrung müssen Frauen endlich genauso viel verdienen wie Männer!
2. Die Wertschätzung sogenannter „Frauenberufe“, also etwa Berufe in der Alten- und Krankenpflege, Erziehung und Bildung und die Anerkennung der gesellschaftlichen Relevanz dieser Berufe.
3. Bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie eine gerechtere Aufteilung der Erziehungs- und Hausarbeit zwischen Frauen und Männern, um eine Berufstätigkeit jenseits der Teilzeit zu ermöglichen.

Regina Ryssel, Sprecherin des Frauenpolitischen Rates, fasst zusammen:

„Es kann doch nicht sein, dass im Jahre 2019 die Pflege eines Menschen oder die Vorschulerziehung unserer Kinder in unserer Gesellschaft weniger monetär wertgeschätzt werden als z.B. die Wartung eines Autos, und das nur, weil es sich um klassische Frauenberufe handelt. Auch die unbezahlte Care-Arbeit in Familie oder Zuhause wird noch immer hauptsächlich von Frauen übernommen und begründet oft den Weg in Teilzeit und infolge in die Altersarmut. Es ist an der Zeit, ein anderes Modell anzudenken – eines, das die Bewertung von Erwerbsarbeit, Arbeitszeit, Lohngerechtigkeit, Sozial- und Rentenabsicherung unter gleichen Maßstäben generell neu vornimmt.“

Für Rückfragen und weitere Informationen steht Ihnen unsere Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Michaela Burkard, gerne zur Verfügung.

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.

Michaela Burkard

Referentin für Koordination, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

Charlottenstraße 121

14467 Potsdam

kontakt@frauenpolitischer-rat.de

Telefon 0331 – 280 35 81

Fax 0331 – 240 072